



Foto: Christian Schwier/fotolia

Hilfreich für die Wahlentscheidung ist es, vorher die Programme der Parteien zu kennen.

Wahlprüfsteine des SoVD Bremen zur Bundestagswahl

Die Antworten der Parteien

Bis Redaktionsschluss haben vier der Bremer Parteien auf die Bitte des Landesverbandes um eine Stellungnahme zu den SoVD-Wahlprüfsteinen geantwortet. An dieser Stelle kann nur eine ganz kurze Zusammenfassung wesentlicher Aussagen abgedruckt werden. Die vollständigen und eventuell nach Redaktionsschluss eingegangenen Äußerungen der Parteien finden Sie auf der Internetseite des SoVD Bremen unter: www.sovd-hb.de

Der Landesverband wird in der neuen Legislaturperiode des Bundestages aufmerksam beobachten, wie die politischen Vorstellungen umgesetzt werden. Er beabsichtigt dazu auch mit allen neu- oder wiedergewählten Bundestagsabgeordneten sozialpolitische Gespräche zu führen, um auch auf diesem Wege den Umgang mit den Forderungen des SoVD zu verfolgen.

SPD

Die SPD spricht sich dafür aus, Armut zu bekämpfen und die Verteilungsgerechtigkeit zu stärken. Der Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent angehoben werden und ab einem zu versteuernden Einkommen von 76200 Euro für Alleinstehende beziehungsweise 154400 Euro für Ehepaare gelten. Eine sogenannte Reichensteuer von zusätzlich drei Prozent soll ab einem Einkommen von 250000 Euro für Ledige gelten.

Den Wohnungsbau will die SPD durch verschiedene Maßnahmen fördern, unter anderem eine Verdreifachung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau.

Das weitere Absinken des Rentenniveaus soll verhindert und bis 2030 bei 48 Prozent stabilisiert werden. Der paritätisch aufzubringende Beitrag soll 22 Prozent nicht übersteigen.

Die betriebliche Alters-

sicherung soll verlässlich abgesichert und die private Vorsorge auch innerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht werden. In der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung soll die paritätische Finanzierung wieder eingeführt werden, indem die Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Ziel ist die Bürgerversicherung; dazu wird es einen Einstieg geben.

CDU

Die CDU fordert in ihrer Antwort „Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt“, um auf diesem Wege Ungleichheiten zu überwinden. Der Spitzensteuersatz soll überarbeitet werden, eine Vermögenssteuer nicht eingeführt werden.

Den Wohnungsbau will die CDU unter anderem durch steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus und des Erwerbs von Wohnungseigentum, insbesondere für Familien mit Kindern, unterstützen.

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre hält die CDU für notwendig. An dem festgeschriebenen Sicherungsniveau der Renten von 43 Prozent bis 2030 will die CDU festhalten. Es soll geprüft werden, ob eine „solidarische Lebensleistungsrente“ eingeführt wird. Ferner soll eine Rentenkommission eingesetzt werden, um weiteren Änderungsbedarf zu ermitteln.

Die CDU lehnt es ab, eine Bürgerversicherung einzuführen. Da Kranken- und Pflegeversicherung auf einem soliden Fundament stehen, sei die bisherige erfolgreiche Politik weiterzuentwickeln.



Die FDP möchte Ungleichheiten und Armut durch Herstellung von Chancengleichheit und Bildungszugang überwinden. Vermögenssteuer, Anhebung der Spitzensteuersätze und gleiche Besteuerung von Kapitalerträgen scheiden aus.

Der Wohnungsbau wird durch Deregulierung und Erhöhung der steuerlichen Abschreibungen gefördert. Die Mietpreisbremse soll abgeschafft werden.

Zur lebensstandardsichernden Rente wird festgestellt, dass der jahrgangsindividuelle Faktor eine ausreichende Grundlage ist, um für eine solide Finanzierung und einen fairen Generationenausgleich zu sorgen. Ein Eingriff in die langfristige Rentenformel wird abgelehnt. Aufwendungen aus eigener Vorsorge sollen nicht vollständig auf die Grundsicherung angerechnet werden. Erwerbsminderungsrenten sind zu stärken.

Die FDP setzt sich gleichermaßen für eine starke private Krankenversicherung und eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung



Ansichten

Liebe Mitglieder,

wo Wahl draufsteht, muss Demokratie herauskommen! – So lautet der Wahlauftrag vieler gesellschaftlicher Gruppen, an dem sich auch der SoVD beteiligt. Dieser Aufruf hat zwar in erster Linie die Frauen und ihre Rechte im Blick. Das Motto kann aber allgemeine Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen.

Alle Wählerinnen und Wähler sollten sich bewusst sein, dass das Wahlrecht im Allgemeinen und das Frauenwahlrecht im Besonderen von unseren Vorfahren erkämpft werden musste. Wir sollten es daher als unsere vornehmste staatsbürgerliche Pflicht und unser Recht als Demokraten ansehen, dieses Wahlrecht am 24. September auch auszuüben. Der besagte Wahlauftrag fordert auf, das Wahlrecht für die Parteien zu nutzen, die für eine gleichberechtigte Gesellschaft stehen, in der Engstirnigkeit, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtspopulismus keine Chance haben. Wir als SoVD stehen vielmehr ein für Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt der Lebens- und Familienmodelle, Respekt, Toleranz und Menschlichkeit – also für eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen frei von Angst und Gewalt und im sozialen Frieden und sozialer Gerechtigkeit leben können.

Der SoVD-Landesverband Bremen hat in diesem Sinne die an der Bundestagswahl teilnehmenden Parteien in Bremen (so weit als Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft vertreten), gebeten, uns ihre Stellungnahmen zu den Wahlprüfsteinen des SoVD (siehe SoVD-Zeitung Ausgabe Mai 2017, Seite 7) zu übersenden. Eine kurze Zusammenfassung können Sie in dem nebenstehenden Artikel entnehmen. Die vollständigen Antworten sind im Internetauftritt des SoVD-Landesverbandes Bremen nachzulesen unter: www.sovd-hb.de.

Liebe Mitglieder, Sie alle sind aufgefordert, Ihre Wahlentscheidung am 24. September im Sinne derjenigen Partei zu treffen, von der Sie der Auffassung sind, dass sie Ihren eigenen Vorstellungen und den Forderungen Ihres SoVD am besten entspricht. Ich bitte Sie: Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und gehen Sie zur Wahl oder wählen Sie per Briefwahl!

**Ihr Joachim Wittrien,
1. Landesvorsitzender**

ein. Eine Bürgerversicherung wird als „staatliche Zwangskasse“ abgelehnt.

DIE LINKE.

Die LINKE fordert nachdrücklich einen höheren Beitrag aus dem privaten Reichtum durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent ab 70000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen. Jahreseinkommen oberhalb einer Million Euro soll mit 75 Prozent besteuert werden.

Sie will den Sozialen Wohnungsbau stärker fördern und auf die Wohnungsbaupolitik mehr politischen Einfluss nehmen.

Das Rentenniveau soll auf 53 Prozent festgeschrieben werden und eine solidarische Mindestrente eingeführt werden. Die Agentur für Arbeit soll wieder Rentenbeiträge für Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher einzahlen. Erwerbsminderungsrenten müssen armutsfest ausgestaltet, Geringverdienende und Alleinerziehende sollen in der Rentenformel bessergestellt werden.

Die LINKE will eine vollständig paritätisch finanzierte Bürgerversicherung (im Bereich der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) einführen, in die alle mit allen Einnahmen einzahlen. Auf diese Weise ließen sich verbesserte Leistungen für alle finanzieren.



Joachim Wittrien